

Wie man Europas Energie-Krise lösen kann

geschrieben von Chris Frey | 21. Februar 2022

[Sam Buchan](#)

Vor dem Hintergrund einer hektischen Weltreise zur Sicherung von Vorkehrungen für den Fall einer katastrophalen Energiekrise nahmen EU-Vertreter am 9. Energieforum der USA und der EU teil. Doch trotz aller Erklärungen und optimistischer Tweets, die auf vage Ziele wie eine stärkere „Zusammenarbeit“ hinwiesen, schien die Lösung nicht greifbar.

Die politischen Führer auf beiden Seiten des Atlantiks müssen anerkennen, dass der Status quo Europa in die heutige Krise geführt hat. Sie täten gut daran, ihren Kurs sowohl durch ihr Handeln als auch durch ihre Worte sofort zu ändern.

Das Merkwürdige ist, dass sowohl die US- als auch die EU-Führer weiterhin die nicht ganz so subtilen Schreie der Energiemärkte übersehen, die aus der aggressiven Klimapolitik resultieren, die potenzielle Projektfinanzierer dazu zwingt, Schutz und marginale Renditen in erneuerbaren Energien zu suchen. Die Investitionen stagnierten, wichtige Projekte wurden aufgegeben, und Russland drängte auf einen größeren Marktanteil.

Es gab eine Zeit in nicht allzu ferner Vergangenheit, als die Klimaaktivisten die politische Agenda noch nicht vollständig beherrschten und die führenden Politiker sich dafür einsetzten, katastrophale Systemschwächen zu vermeiden. Die USA und die EU waren einst auf dem besten Weg, die Entwicklung neuer Infrastrukturen zu erleichtern und den Markt für Erdgas weiter voranzubringen, auch in Ländern, die von Kohle dominiert werden, vom Zugang zu sauberer Energie abgeschnitten sind oder in gefährlicher Weise von russischen Lieferungen abhängig sind.

Im Juli 2018 veranstalteten der ehemalige US-Außenminister Rick Perry und der EU-Kommissar für Energie und Klima Miguel Arias Cañete das erste hochrangige Business-to-Business-Forum zwischen den USA und der EU zum Thema LNG [Flüssiggas], das nach Angaben der EU „weitere Maßnahmen zur Nutzung der kommerziellen Möglichkeiten“ im LNG-Handel förderte. Die Botschaft war eindeutig und umfasste „neue Infrastrukturen für die vorgelagerte Entwicklung, Verflüssigung und Wiedervergasung“ sowie „neue Geschäftsmodelle und Finanzinstrumente in einem sich wandelnden Markt“.

Diese Art der Unterstützung ist zum Teil der Grund, warum die LNG-Exporte aus den USA nach Europa um 2418 Prozent gestiegen sind, seit Präsident Trump die LNG-Exporteure in den USA ermächtigt und genau die

„Zusammenarbeit“ gefördert hat, die die führenden Politiker jetzt fordern.

In den letzten zwei Jahren wurden diese Fortschritte untergraben, aber es gibt immer noch Möglichkeiten, unsere Kontinente auf den einst so geschätzten Kurs in Richtung Energiesicherheit und nachhaltige Energiewende zurückzuführen.

Erstens müssen die Biden-Regierung und die EU-Kommission ein klares Signal an den Markt und die Investorengemeinschaft senden, indem sie öffentlich ihr Engagement für Erdgas, vor allem für LNG, als einen langfristig tragfähigen, sauberen Energieträger demonstrieren. Andernfalls werden Investoren weiterhin kritische Infrastrukturen meiden, darunter auch die milliardenschweren Export-Import-Geschäfte, auf die die EU für die Versorgungssicherheit und eine künftige Wasserstoffwirtschaft angewiesen ist.

Die europäischen Gasabnehmer zögern, langfristige Verträge zu unterzeichnen, da sie sonst Preisschwankungen ausgesetzt sind, wenn sie Klimaaktivisten und politischen Führern erlauben, Erdgas zu verteufeln. Am besten wäre es, wenn die EU ein Forum wie das von 2018 veranstalten würde, um die Zusammenarbeit im Bereich LNG wiederherzustellen und die Liefer- und Preisstabilität zu erhöhen, die Nationen mit langfristigen Verträgen mit US-LNG-Lieferanten erfahren.

Zweitens sollte Präsident Biden, wenn er Europa wirklich helfen will, seine Zurückhaltung bei den „bis zu 1 Milliarde Dollar“ Investitionen in die europäische Energieinfrastruktur aufheben, die Präsident Trump im Rahmen der Drei-Meere-Initiative zugesagt hat. Minister Blinken könnte morgen Gelder im US-Finanzministerium hinterlegen, um Kredite für die *U.S. Development and Finance Corporation* [DFC] zu sichern. Präsident Biden müsste nicht einmal seine schreckliche Entscheidung, sich gegen fossile Brennstoffprojekte in Übersee zu stellen, rückgängig machen, obwohl er das sollte. Der Kongress hat im Rahmen des *European Energy Security and Diversification Act* von 2019 die gesetzliche Grundlage für die DFC geschaffen. Investitionen, die die Zwänge im Midstream-Bereich abmildern, sollten für den neu bestätigten DFC-CEO oberste Priorität haben.

Drittens sollte die EU aktiv gegen russische Desinformationskampagnen vorgehen, die amerikanisches Erdgas als „schmutzig“ darstellen. Nach Angaben der IEA hat russisches Gas den höchste Methangehalt weltweit. Die EU sollte auch ein Programm in Zusammenarbeit mit globalen LNG-Lieferanten auflegen, um die Wähler über die Klimaeigenschaften dieses „Brückenkraftstoffs“ in der Übergangsphase aufzuklären. Dies würde die laufenden Bemühungen der USA und der EU um Methan-Reduktion und Transparenz ergänzen.

Schließlich sollte Deutschland die Diskussion über die Entwicklung eines eigenen LNG-Terminals wieder aufnehmen. Ein solcher Schritt würde für

Deutschland eine Diversifizierung bedeuten und ein dringend benötigtes wirtschaftliches Druckmittel gegenüber Russland darstellen. Bundeskanzler Scholz muss seine Glaubwürdigkeit wiederherstellen, nachdem Deutschland seine Atomflotte abgeschaltet und sich den Russen angenähert hat. Letzteres wurde deutlich, als der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in den Vorstand des russischen Konzerns Gazprom berufen wurde. Es ist an der Zeit, den Kreislauf der prorussischen deutschen Bundeskanzler zu durchbrechen.

[Hervorhebung vom Übersetzer. Dieser Punkt aus amerikanischer Perspektive gehört hervorgehoben!]

Diese Maßnahmen untergraben in keiner Weise die gemeinsamen Werte der USA und der EU, die eine saubere und sichere Energiezukunft anstreben; im Gegenteil, sie fördern diese Vision, indem sie eine stärkere Zusammenarbeit und Transparenz zwischen Beamten der USA und der EU sowie mit führenden Vertretern der LNG-Industrie fördern.

Sam Buchan served as Director on the White House National Economic Council and Senior Advisor to Secretary of Energy Rick Perry. He is an energy and foreign policy strategy consultant.

This article originally appeared at [Real Clear Energy](#)

Link:

<https://www.cfact.org/2022/02/18/how-to-solve-europes-energy-crisis/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE